

# Arbeiter-Zeitung

Wrocław, 23. Mai 1932  
14. Jahrgang Nr. 120

**Rüstet zum Roten Pressefest**  
am Sonnabend, 28. Mai, im  
„Landschaftshaus“  
Ausgabezeit: 1.05 Wzl. + 50 Pf.  
Durch die Post bezogen  
Kassepreis: Die dreispaltige Wochenschrift  
Kostenlos: Die dreispaltige Wochenschrift  
am 1. Juni 70 Pf. — Annahmeschluss in der  
Abendzeit um 8 Uhr; in den Villalen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernbr. v. Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Fernsprecher 400 89. Postkassennr.: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Fernsprecher 460 89.

## Stürmische Eröffnung des Landtags:

# Die Kommunisten greifen an!

**Die Kommunisten erheben die Forderungen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden — Nazis in Einheitsfront mit der Braun-Severing-Regierung — Der kommunistische Appell an die SPD.-Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf**

Die gestrige Eröffnung des neugewählten Preussischen Landtages stand im Zeichen des kommunistischen Angriffs. Die Kommunisten beherrschten den ganzen Verlauf der Sitzung. Die Kommunisten stellten ihre Anträge für die Millionenmassen der Erwerbslosen und Notleidenden in den Mittelpunkt der kurzen Sitzung. Die Kommunisten erhoben durch den Mund der Genossen Piel und Kasper die schärfste Anklage gegen die völkerverhetzende Politik von den Nationalsozialisten bis zu den SPD.-Führern. Schon in der ersten Sitzung zeigte sich eine scharfe Einheitsfront der Nazis mit der geschäftsführenden Regierung Braun-Severing, als auch Nazis und Deutschnationale ablehnten, den kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sitzung schloß mit dem brausenenden Gesang der „Internationale“.

## Nazi-Alterspräsident sagt kein Wort gegen Versailles und Young

Als der nationalsozialistische Alterspräsident General Lohmann die Sitzung eröffnete und die Nazis die Hand zum Faschisten-gruß hoben, stimmte die gesamte kommunistische Fraktion in Rufe ein: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen!“ „Nieder mit den Nordgeneralen!“ Als Lohmann stotternd fragte, ob jemand älter sei als er, kamen Rufe: „Du hast den Krieg gut überstanden, während die Soldaten in den Massengräbern liegen!“

Als Lohmann vorläufig die alte Geschäftsordnung des Landtages übernahm und sich in seiner Eröffnungsrede nur mit technischen Dingen befaßte, rief der Genosse Poenen:

„Kein Wort zu Versailles und zum Youngplan! Kein Wort zur Tributsklaverei! Kein Wort gegen das ausländische Finanzkapital!“

Die Kommunisten riefen ihm zu: „Adolf Hitler hat's verboten! Ihr wollt regierungsfähig werden!“

## Kommunistische Abrechnung mit Braun-Severing

Das Bild der Sitzung änderte sich rasch. An die Stelle des hitlerianischen Bereds des Nazi-Alterspräsidenten trat der Kühne kommunistische Vorstoß.

Genosse Wilhelm Piel trat, mit Händeklatschen und dreifachem „Rot Front“ von den Kommunisten begrüßt, auf die Landtagstribüne und begründete einen kommunistischen Misstrauensantrag gegen die geschäftsführende Regierung Braun-Severing. Jeder Satz eine scharfe Anklage gegen ihr System. Jeder Satz eine Anbranderung der Politik der SPD.-Führer, die die Nazis zur Regierungsverantwortung „ranlassen“ wollen. Genosse Piel forderte die sofortige Vertagung des kommunistischen Antrages als Willenskundgebung des Landtages.

Nicht entlarven sich die Nazis. Nur die Kommunisten unterstützen den Antrag.

Deutschnationale und Nazis blieben zur Deckung der Regierung Braun-Severing sitzen.

Es wiederholte sich die Einheitsfront zwischen Nazis und SPD., die eben in Geschichte trat, als der General Lohmann neben einem Nationalsozialisten den SPD.-Mann Pähl zum Beisitzer ins Präsidium berief. Die Kommunisten riefen den Nazis zu: „So kämpft ihr gegen das System!“

## KPD. fordert sofortige Beratung der Erwerbslosenforderungen!

Dem ersten kommunistischen Angriff folgte bald ein zweiter. Genosse Kasper, wieder demonstrierend von unserer Fraktion begrüßt, erhob

im Namen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden die schärfste Anklage gegen die Landtagsparteien, die sich in den nächsten Tagen mit ihren parlamentarischen Schiedungen aufstatt mit den Rufen der Mehrheit der arbeitenden preussischen Bevölkerung befaßt will.

Genosse Kasper forderte, daß die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung, gegen die Ermittlerung der erwerbslosen und werktätigen Mieter und für sofortige Arbeitsbeschaffung, sowie unser Antrag gegen

die Zwangshypothekbelastung der Kleinbesitzer, auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung gesetzt wird. Er prangerte das Schweigen der Nazis, des Zentrums und der SPD. zu diesen Lebensforderungen der notleidenden Massen an.

Als der Zentrumsabgeordnete Kost, „Wohlfahrts“bezermet in Essen, und einige christliche Gewerkschaftsführer Widerspruch erhoben, entstand ein Sturm auf den kommunistischen Vorkämpfer, so daß der Widerspruch der Zentrumsabgeordneten nicht genügend unterstützt wurde.

Nach der Mitteilung des Nazi-Alterspräsidenten, daß die nächste Sitzung heute mittag um 1 Uhr stattfinden würde, schloß die Sitzung. Die Kommunisten stimmten die „Internationale“ an, während Nazis und SPD. verdußt langsam abzogen.

Die kommunistische Partei hat gestern das Parlament als Tribüne für ihren Ruf zum außerparlamentarischen Kampf der Massen benutzt.

Die kommunistische Fraktion hat gestern in der ersten Landtags-sitzung ihre schärfste prinzipielle Kampferklärung gegenüber dem arbeitserfeindlichen System Braun-Severing demonstriert und sich gleichzeitig an die Massen außerhalb des Parlamentes gewandt, alle Kräfte zur Verhinderung einer Naziregierung durch die kämpfende rote Einheitsfront mobil zu machen.

Die SPD.-Führer haben den sozialdemokratischen Arbeitern bei drei Wahlen erzählt, daß sie mit dem Stimmzettel — zweimal für Hindenburg, einmal für Braun-Severing — „den Faschismus schlagen“ würden. Heute sind 163 Naziabgeordnete im neuen Landtag. Heute ist Hindenburg die stärkste Stütze der Nazis für ihre baldige Heranziehung zur Regierung. Heute geht aber auch nach der bitteren Lehre des 21. April ein Ruf aus den Reihen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, ein Wes-sinnen auf die eigene proletarische Massenfront außerhalb des Parlamentes. Es wächst bei den sozialdemokratischen Arbeitern der Wille, gegen den Faschismus und die Notverordnungsbildung in einheitlicher Front wirklich zu kämpfen.

Die ganze Taktik der kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb des Parlamentes dient der Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter gemäß dem Einheitsfrontangebot der KPD. und KPD. einzuweisen in die gemeinliche Millionenfront zur Verhinderung jeder Naziregierung und zum Kampf gegen Lohn- und Unterstüßungsabbau, für die Verteidigung der proletarischen Rechte. Eine Isolierung der Schrittmacher des Faschismus, Braun-Severing, eine Blockpolitik mit diesen Wegbereitern des Hitler-Faschismus kommt dabei für keinen revolutionären Arbeiter in Frage.

# Nazis für Notverordnungen

Berlin, 24. Mai. (Eig. Drahtber.) Gestern vormittag wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages die Anträge der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt. Gegen die Aufhebung stimmten alle Brüning-Parteien einschließlich der SPD. Mit dieser Abstimmung hat die SPD. zugleich den Weg freigemacht für die geplante neue Notverordnung mit dem ungeheuerlichen Abbau aller sozialen Unterstützungsfälle. Für die Nazi sprach der Abgeordnete Fric, der als Thüringischer Minister mit besonderem Eifer die Brüning-Notverordnungen durchführte. Auf einen Zwischenruf des Genossen Torgler, was die Nazi bei ihrem Regierungseintritt mit den Notverordnungen machen wollten, antwortet Fric unter allgemeiner Heiterkeit und stürmischen Hört-Hört-Rufen: „Wir sind nur für die Aufhebung der Notverordnungen, solange das gegenwärtige System an der Macht ist. Nach Aenderung des „Systems“ haben wir keine Ursache mehr, die Notverordnungen zu beseitigen.“

## Gründer der NSDAP.-Ortsgruppe Schreiberhau kommt zur KPD.

Nieder-Schreiberhau. Ich Unterzeichneter stehe heute, NSDAP. gebant, nicht mehr im nationalen Lager, sondern mitten unter euch in der sozialen Freiheitsbewegung der KPD. Trotzdem ich von 1918 bis 1931 im nationalen Lager für die Befreiung der breiten Massen gekämpft und im Jahre 1930 die Ortsgruppe Schreiberhau der NSDAP. gegründet habe, weiß ich heute, daß das Programm Adolf Hitlers niemals die Befreiung der breiten Schichten bringen kann und wird. Adolf Hitler wird niemals den zehnten Teil seines Programms erfüllen können, weil er die größte kapitalistische Partei ist. Die Arbeiter sind nur als Stimmvieh zu gebrauchen.

Darum und endlich habe ich den Weg des wahren Sozialismus, Genossen, bei euch gefunden und werde jederzeit bereit sein, auf Leben und Tod für die Befreiung vom Joch des Kapitalismus mit euch zu kämpfen. Ich werde in jeder Beziehung aufrichtig aber energisch und gewissenhaft dazu beitragen, daß sobald wie möglich ein soviel-Deutschland errichtet wird. So soll mein Kampf beginnen, und ihr Genossen, sollt auch mir vertrauen, denn ich werde niemals ein Mitläufer, sondern immer ein ehrlicher Kämpfer in euren Reihen sein.

Mit einem „Rot Front“  
Erhard Liebig, Ober-Schreiberhau.

Die SPD.-Führer wollen die Nazis „ranlassen“, aber die sozialdemokratischen Arbeiter wollen kämpfen.

In den ehrlichen Kampfwillen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten und Reichsbannerarbeiter appellierte das gestrige Auftreten der kommunistischen Fraktion im Landtag.

## Völlige Kapitulation der Nazis vor dem Zentrum!

### Der Kuhhandel um die Ministerfessel beginnt

Wie wir soeben aus dem Mikro des Preussischen Landtages erfahren, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion ihren Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung zurückgezogen.

Der alte Landtag hatte bekanntlich beschloffen, daß in Zukunft die Wahl des Ministerpräsidenten mit absoluter Mehrheit durch den Landtag erfolgen muß, um der Regierung Braun-Severing das Weiterregieren als geschäftsführendes Kabinett zu ermöglichen. Jetzt haben die Nazis, die unter großem Tamtam erklärt hatten, daß sie im neuen Landtag diese Geschäftsordnungänderung rückgängig machen wollten, diese Absicht bedingungslos ausgegeben, um mit dem Zentrum über die Wahl eines Ministerpräsidenten einig zu werden.

Die Presse der Nationalsozialisten hat gerade in den letzten Tagen die Forderung auf Aufhebung aller Notverordnungen erhoben. Das Geschrei in der Presse und in den Versammlungen und die Ausführungen von Fric dem gegenübergestellt, zeigen den proletarischen Anhängern der NSDAP., welche üble Rolle die Hitler und Co. spielen. Die kommunistische Partei ruft diesen von der NSDAP. betrogenen werktätigen Schichten zu: Wenn ihr wollt, daß der Steuerdruck, der fortgesetzte Lohn- und Unterstüßungsabbau, die ungeheuren Unterdrückungsmaßnahmen des staatlichen Machtapparates beseitigt werden, dann kämpft mit uns Kommunisten für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes. Die nationale und soziale Befreiung ist nicht mit dem Stimmzettel zu erreichen, sondern durch den revolutionären Massenkampf, durch die rote Einheitsfront aller Ausgebauten.



# Breslau

Breslau, 25. Mai 1932.

## Kontrolle der Ergebnisse des Werbeplans für Monat Mai im U.B. Breslau

Die Ergebnisse des Werbeplans sind bis jetzt noch nicht vom Unterbezirk Breslau eingelaufen.

Nur der Stadteil Ost gibt folgende Ergebnisse bekannt: Neuaufnahme von 19 Mitgliedern in die Partei. — Neuaufnahme von 2 ehemaligen SA-Mitgliedern in die Partei (gewerkschaftlich organisiert). — Neuaufnahme von 1 freigewerkschaftlichen Betriebsrat in Breslau in die NSD. — Neuaufnahme von 7 Eisenbahnern vom Bau-trupp in die NSD.

Dieses Werbelergebnis zeigt, daß es nicht nur möglich ist, a l l e m e i n neue Arbeiter in die Partei aufzunehmen, sondern daß dort, wo wir ernsthaft an die Gewinnung der Betriebsarbeiter herangehen, unser Einfluß gesteigert wird.

Trotzdem der Stadteil Ost noch Mängel aufweist, besonders in der Gewinnung von werktätigen Frauen und Lesern der „Arbeiter-Zeitung“, über welche nicht berichtet wird, ist dies ein Beispiel guter Werbearbeit.

Wie steht es mit den Ergebnissen der anderen Stadteile und der Ortsgruppen im U.B. Breslau? Stellt sofort eure Berichte zusammen und sendet sie in die SZ., damit wir dieselben veröffentlichen können.

## Eine Beamtenfrau getötet

Am Dienstag, gegen 20.30 Uhr, wurde die 58 Jahre alte Frau des Oberpostkassiers und Hausbesizers Paul Schubert, Selma Schubert, in dem Korridor ihrer Wohnung, Schleiermacherstraße 6, mit einer schweren Kopfverletzung am Boden liegend tot aufgefunden. Der Ehemann, der um diese Zeit aus dem Schrebergarten in seine Wohnung zurückkehrte, fand in oben erwähntem Zustand seine Frau vor. Alle Verhältnisse, Schränke und Schilde der Wohnung waren durchwühlt. Nach Aussage der Hausbewohner ist die Ermordete kurz vor 17 Uhr, wahrscheinlich von Einkäufen in ihre Wohnung zurückgekehrt. Hausbewohner wollten eine halbe Stunde später in der Schubertschen Wohnung einen Schlag gehört haben.

## Kapitalistische Jugend-„Fürsorge“

Bericht vom Amtsgericht.

Vier junge Menschen sitzen auf der Anklagebank. Drei davon sind 20 bis 22 Jahre alt. Sie beziehen 34.50 Mark Wohlfahrtsunterstützung im Monat und wohnen bei fremden Leuten. Sie hungern! Sie haben im Winter Einbrüche begangen, um sich Geld für Essen und Kleidung zu verschaffen. Nachdem der erste Einbruch fast erfolglos war (sie erbeuteten eine Büchse Sardinen, ein altes Tischschloß und eine Uhr, alles im Gesamtwerte von 3 Mark) gingen sie an den nächsten. Bei allen Diebstählen erbeuteten sie Dinge im Werte von insgesamt 20 Mark. Sie sagten der Hunger habe sie getrieben zu stehlen und mehrmals zu stehlen. Der Vorsitzende rief empört aus: „Es geht in Deutschland vier Millionen Menschen so schlecht wie Ihnen, was würde geschehen, wenn die alle stehlen würden?“

Sehr richtig, Herr Vorsitzender! Wenn die vier Millionen, denen es so schlecht geht, wie den angeklagten Jungarbeitern, nicht stehlen würden, sondern sich nur das nehmen würden, was ihnen richtig gehört, dann würde etwas geschehen, was ich nicht aussprechen darf, sonst stehe ich morgen da, wo heute die jungen Diebe sitzen, auf der Anklagebank. Das Gericht fällt unerhörte Strafen. Für drei Jungarbeiter drei Jahre, 9 Monate Gefängnis. Der Hauptangeklagte ein Jahr, neun Monate Gefängnis, der vierte Jungarbeiter, der, ohne zu wissen, daß der Mantel gestohlen war, einem der Angeklagten einen Mantel für 4.50 Mark abkaufte, erbt ein Monat Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Die Arbeit des hohen Gerichts ist beendet. Dieses System zu enden, ist eure Arbeit Klassenkämpfer!

## Lichtbildervortrag der MASGH

Das Leben der Arbeiterfamilie Nilbow in Moskau, das durch eine Reportage mit Bildern bereits in kurzen Umrissen vor einiger Zeit in der „Arbeiter-Zeitung“ erschien, das auch die sozialdemokratischen Aufbaudelegierten zum Anlaß nahmen, um diese Reportage und den Bericht auf seine Tatsachen zu prüfen, wird in einem Lichtbildvortrag von etwa 80 Originalaufnahmen am Donnerstag, 20. Mai, in der Masch, Arbeiterheim Holstei-straße 26, 1. Etage, vorgeführt. — Der Lichtbildvortrag gibt einen guten Einblick in den russischen Wohnungsbau, Familienleben, Kinder-schicksale in Moskau und ist ein bereicherter Zeuge des sozialistischen Aufbaues.

Eingeraht wird der Vortrag durch Rezitationen und musikalische Darbietungen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Hg. für Arbeiter und 10 Hg. für Erwerbslose und Jugendliche.

## Industriegruppe Bau der NSD.

Generalmitgliederversammlung am Freitag, den 27. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Der Strom“, Uferstraße. Erscheinen aller Arbeiter und der gesamten Industriegruppenleitung ist Pflicht. Industriegruppenleitung der NSD.



Städt. Sparkasse zu Breslau

# Rotes Pressefest der „Arbeiter-Zeitung“

am Sonnabend, dem 28. Mai, im „Lunapark“ in beiden Sälen. — Alle Breslauer Agitproptruppen treten auf. — Schon jetzt im Vorverkauf sichere dir eine Eintrittskarte!

## Oswiger Notstandsarbeiter bilden Kampfausschuß

Breslau. Die Obleute der Notstandsarbeiter der Oswiger Friedhöfe hatten am Freitag zu einer Belegschaftsversammlung eingeladen, um Stellung zu nehmen zu dem kommenden Lohnraub. Die Versammlung der Notstandsarbeiter erkannte den Ernst der Lage und auch die Notwendigkeit der Organisierung der Abwehr des Lohn-raubes. Die Notstandsarbeiter wählten einen Kampfausschuß, der aus sechs Kollegen besteht. Auch die nächste Arbeit des Kampfausschusses wurde festgelegt. Darüber hinaus werden die Notstandsarbeiter sofort die Verbindung mit den anderen Baustellen aufnehmen, um mit ihren übrigen Arbeitskollegen ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen.

Die Belegschaftsversammlung der Notstandsarbeiter auf den Oswiger Friedhöfen rufen die Belegschaften der anderen Baustellen auf, ihrem Beispiel zu folgen, sofort Belegschaftsversammlungen einzuberufen, überall über den drohenden Lohnraub zu sprechen, auf allen Baustellen Kampfausschüsse zu wählen und die Kampfausschüsse untereinander zu informieren. Die Belegschaft ruft alle Arbeiter auf den Baustellen auf, kampfbereit zu sein und alles auszubieten, um den Lohnraub abzuwehren.

Die Belegschaften erkennen immer mehr, daß jetzt Verhandeln nichts mehr nützt, daß sie nicht mehr länger auf ihre Gewerkschaftsführer hören dürfen. Ein Arbeiter erklärte, daß er nun erkannt hat, daß die Führer der Gewerkschaften gar keinen Kampf gegen den Lohnraub wolle. Die neue kommende Notverordnung, bereits die fünfte, wird wiederum ungeheure Verschlechterungen für die Arbeiterschaft bringen. Für die Arbeiter in den Betrieben neue direkte und indirekte Lohnkürzungen, für die Erwerbslosen neue Kürzungen der Hungerunterstützungen.

Die Wahl von Kampfausschüssen auf allen Baustellen, in allen Betriebsabteilungen in den Betrieben ist ein Beispiel dafür, daß die Werk-tätigen die Notwendigkeit der geschlossenen Abwehr über die Köpfe der Führer hinweg beginnen zu organisieren. Das Beispiel der Oswiger Notstandsarbeiter zeigt den übrigen Baustellen den Weg, ist Alarm und Appell, ist Beginn des Handelns.

Werk-tätige, folgt dem Beispiel eurer Kollegen, schreitet zur Organisierung der Abwehr der Hungeroffensive!

## Tagung der kommunistischen Kommunal-Vertreter

Donnerstag, 18 Uhr, Holsteistraße 26, I., tagt die kommunistische Fraktion des Stadtparlamentes, sowie der kommunale Beirat. Die kommunistische Partei fordert alle Betriebe, Stempelstellen und Massenorganisationen auf, Delegierte zu dieser Tagung der kommunistischen Kommunalvertreter zu entsenden. Die Tagung wird sich mit dem Hungeretat der Stadt Breslau befassen und die Vertreter der Betriebe, Stempelstellen und Massenorganisationen sollen die Wünsche und Beschwerden ihrer Belegschaften der kommunistischen Fraktion unterbreiten, damit diese in Form von Anträgen zu den einzelnen Staatsposten eingereicht werden können.

## Für „höhere“ Beamte kein Gehaltsabbau

Magistratsherren beschließen für sich Ausgleichszulagen bis 1500 Mark

Auf Grund der „preussischen Not- und Sparverordnung“ vom 12. September 1931, wo außer der Entlassung aller „entbehrlichen“ Angestellten und Arbeiter in Gemeindebetrieben, außer der Anstellungs- und Beförderungssperre für Beamte auch noch ein Gehaltsabbau, der sich in äußerst krasser Form bei den unteren Beamten und Angestellten auswirkte, verbunden war, sollte auch ein Gehaltsabbau der oberen Beamtenbürokratie erfolgen. Die kommunistische Presse wies bereits im September 1931, als die Notverordnung noch nicht einmal in Kraft war, darauf hin, daß die obere Beamtenbürokratie praktisch von jedem Gehaltsabbau verschont bleiben werde.

Heute haben wir die Behauptung für unsere damals aufgestellten Behauptungen. Wie selbst die U. unter dem 23. Mai melden muß, haben auf Grund eines ministeriellen Erlasses vom 1. April dieses Jahres die obere Beamtenbürokratie eine „besondere Beihilfe“ erhalten, die als Entschädigung für die Gehaltskürzung aus oben angeführter Notverordnung anzusehen ist. In einer ganzen Reihe von Städten Preußens ist bereits diese Entschädigung zur Auszahlung gelangt.

Auch in der Stadt Breslau, die einen Etat von 31 Millionen Defizit aufzuweisen hat, die auch die zwingendsten Ausgaben für Schulen, Unterhaltungen und sonstige sozialpolitische Aufgaben gestrichen hat, hat man eben den Beschluß gefaßt, die vom Ministerium bewilligte Beihilfe an den Oberbürgermeister, Bürgermeister und übrigen beschulten Magistratsmitglieder zur Auszahlung zu bringen. Die Entschädigungen sollen sich wie folgt gestalten: Für Oberbürgermeister Wagner 1400 Mark, Bürgermeister Macho 1000 Mark, für die übrigen Magistratsmitglieder sollen Beträge zwischen 700 und 950 Mark ausbezahlt werden.

Was sagen die unteren Angestellten und Beamten, die Gemeindearbeiter dazu? Die unteren Angestellten und Beamten, die durch den Gehaltsabbau betroffen worden sind, erhalten keine Entschädigung. Im Gegenteil versucht man unter schärfster Konzentration der Kräfte jede Minute ihrer Arbeitszeit auf das Intenstivste auszunützen. Durch die Anstellungs- und Beförderungssperre wird den unteren Beamten jede Einrückungsmöglichkeit in höhere Beamtengruppen unmöglich gemacht. Den Gemeindearbeitern hat man bereits bei der ersten Entschädigung gezeigt, daß zum 1. Juni eine neue Reduzierung ihres geringen Lohnes erfolgen wird. Keine Partei, außer der kommunistischen, hat mit aller Entschiedenheit die Nichtdurchführung des geplanten Lohnabbaus bei den Gemeindearbeitern beantragt und gefordert.

Die werktätigen Massen müssen aus obiger Meldung erkennen, daß die Staatsmaschinerie alle Kräfte aus dem zusammenbrechenden Kapitalismus lediglich auf die Schultern der Werk-tätigen legt. Auch nur formal, zur Beruhigung der Massen dienende Maßnahmen an der oberen Bürokratie, werden auf Schleichwegen durch besondere Zuweisungen ausgeführt. Nur die geschlossene Abwehr aller Werk-tätigen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, kann diesem bankrotteten, korrupten, kapitalistischen System ein Ende setzen. Organisierung der geschlossenen Abwehr heißt: Streikfertigmachung aller Betriebe zur Abwehr des neu geplanten Lohn- und Unterstützungs-raubes. In diese Einheitsfront müssen sich auch die Angestellten und unteren Beamten einreihen, auch die der Kommune. Fordert überall die Nichtauszahlung der Beihilfen an die obere Bürokratie, Streichung der Gehälter dieser Herren über 6000 Mark. Ueberweisung der dadurch ersparten Summen zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, um tausenden Breslauer Arbeitern Arbeitsmöglichkeiten zu geben.

Monistische Gemeinde, Breslau, Grünstraße 14/16. Ortsgruppe des Volksbundes für Weisheitsfreiheit. Der nächste Vortragsabend am Mittwoch, den 25. Mai, 20 Uhr, im Saale Grünstraße 14/16, ist dem großen Naturforscher und Führer des Monismus Wilhelm Ostwald, welcher kürzlich verstorben ist, zum Gedächtnis gewidmet. Eintritt für Mitglieder frei! Gänge 20 Hg. Erwerbslose 10 Hg.

## Anschauungsunterricht

Trebnitz. Adolfs Jünger predigen die große deutsche Volksgemeinschaft. Ein kleines Beispiel aus dem Geist dieser Volksgemeinschaft liefert uns der Nazi Trümpfner in der Trebnitzer

Siedlung. Er hat einen „roten“ Nachbar, den er mit Lump, Vagabund, Spießhütze und Verbrecher bezeichnet. Selbst wenn dem Nazioten ein Stück Kleinvieh freipt, nimmt er an, daß sein „roter Vnder“ das Tier nur vergiftet haben kann. Eines Tages waren bei Nazi-Trümpfner zwei Fensterischieben in die Brüche gegangen. Von irgendwoher war irgendetwas durch die Fensterischieben geflogen. Wer konnte das gewesen sein? Doch kein anderer, als wie sein „roter Nachbar“. Der Nazi war der letzte Juchtsort für den wackeren Kämpfer des Dritten Reiches. Der rote Nachbar wurde zu sechs Tagen Gefängnis in Trebnitz ohne jeden Beweis verurteilt. Die Verurteilungsinstanz in Dels brachte, wie nicht anders zu erwarten, den Freispruch.

Die Grundstücke der beiden Siedler werden durch eine Mauer getrennt, die Nazi-Trümpfner gehört. Die Mauer selbst ist zwei Meter hoch, aber sie scheint doch noch nicht genug zu sein, um zu verhindern, daß schließlich nazistische Wajillen über diese Mauer hinweggehen könnten. Der Nazimann hat darum auf die zwei Meter hohe Mauer noch einen Meter dunkle Farbe gestrichelt, jedoch sein Nachbar war im Sommer bei bestem Sonnenschein für wenige Minuten ein paar Sonnenstrahlen in die Wohnung bekommen. Der Stadtbaumeister Nagel hat die Errichtung der Rappwand auf der Mauer noch genehmigt und hat jetzt keine Courage mehr, die einstweilen erteilte Genehmigung rückgängig zu machen. Unter diesen Verhältnissen ist das Zusammenleben mit einem Hülse der beide Anschauungsunterricht für die zu errichtende faschistische Volksgemeinschaft.

## Das gefarnte SA-Treffen in Zobten

Zobten, 24. Mai. Die Zeitung der NSDAP. hatte hier am vergangenen Sonntag einen „Teufelischen Tag“ veranstaltet. Die „berbotene“ SA-Organisation ist hier in militärischer Form aufmarschiert. Der Gemeindevorstand und „ehemalige“ Führer der „aufgelösten“ SA, Heines, hat den Appell abgenommen.

Wer wollte es noch wagen zu behaupten, daß das Verbot der SA nicht auf dem Papier stehe? Der Aufmarsch in Zobten hat erneut den Beweis geliefert, daß der SA-Kummel sich in Severing-Preußen völlig ungehindert entwickeln konnte. Handelt es sich aber um ein „Flecken“ des von Severing verbotenen NSD., da laufen sich die Strümpfe die Huden ab, da wird ein ganzer Stab von Polizeibeamten in Zivil und Uniform in Bewegung gesetzt.

Wir verlangen auch nicht von Severing und seinen untergeordneten Organen, daß sie darauf achten, daß das SA-Verbot nicht auf dem Papier stehen bleibt; wir fordern vielmehr die Arbeiterkraft und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Genossen auf, mit uns gemeinsam den Massenkampf gegen den Hitlerfaschismus zu führen, mit uns rote Selbstschutzbataillone in den Betrieben und Stempelstellen und Wohnblöcken zu schaffen. Das ist die wirksamste Waffe gegen die Hitlerbanden.

Verantwortlich für den politischen Teil Trebnitz und Vofales: Erik Goppo, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich Berlin. — Für Inserate: Albert Galam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Wandeleihhaus Grundmann  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche  
und Schmuckstücken

MATRATZEN-KINDERBETTEN  
METALLBETTEN  
Beier & Olowinsky  
HERRENSTR. 31 u. SCHWEIDN. STR. 10-11

# Rund um den Erdball

## Schweres Bergwerksunglück in England

Acht Arbeiter getötet

London, 24. Mai. In der Grube Boulgreave, in der Grafschaft Derby, ereignete sich in einem Bergwerk eine schwere Explosion. Acht Arbeiter fielen ihr zum Opfer.

Das Unglück ereignete sich spät abends in einem kleinen Bleibergwerk, das insgesamt 21 Arbeiter beschäftigt. Im Augenblick der Explosion waren sechs Bergleute in einer Tiefe von 75 Meter an der Arbeit. Fünf von ihnen wurden durch einstürzende Erdmassen sofort getötet, der sechste vermachte den Schachtseingang zu erreichen und Värm zu schlagen.

Es wurde sofort eine Rettungsmannschaft eingesetzt, jedoch war diese in der Ausübung ihrer Arbeit durch Ausströmen giftiger Gase behindert. Drei Arbeiter wurden durch die giftigen Gase getötet, trotzdem sie Gasmasken trugen. Es ist bisher noch nicht festzustellen, ob es sich hier um unbrauchbare Masken handelt. Viele andere mußten infolge der giftigen Gase ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch nicht festgestellt. Unter der Arbeitererschaft herrscht ungeheure Erregung. Man nimmt an, daß seitens der Verwaltung nicht die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

waren und so acht Arbeiterleben ver-  
nichtet wurden.

Infolge Eindringens von Wasser wurde der Stollen überschwemmt und die Rettungsarbeiten mußten unterbrochen werden.

## Tod in der Senfgrube

Budapest, 24. Mai. In der Nähe der Grube Makosyalota ist bei der Reparatur einer Bedürfnisanstalt der untere Boden eingebrochen. Drei Arbeiter sind in die Tiefe gestürzt. Die Rettungsgeellschaft wollte sie ins Spital bringen. Von den Arbeitern sind unterwegs zwei an Kältevergiftung gestorben, der Zustand des dritten ist lebensgefährlich.

## Grubenunglück in Südafrika

Kapstadt, 24. Mai. Von den bei einem Schacht-einsturz auf der Robinsongrube in Südafrika verschütteten 20 eingeborenen Bergarbeitern konnten fünf gerettet werden. Das Schicksal der restlichen 15 ist noch ungewiß.

## Das größte Bewässerungswerk der Welt

Kampf der Dürre — 9 bis 10 Milliarden Kilowattstunden jährlich

Moskau, 24. Mai. Der Rat der Volkskommissare hat sich in einem Beschluß auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zum Kampf gegen die Dürre insbesondere im unteren Wolgagebiet hingewiesen. In diesem Zusammenhang erklärte der Verfasser des Planes der Rekonstruktion der Wolga, Professor Schalagin, einem Pressevertreter, daß in der Stadt Kamskoin im ehemaligen Gouvernement Saratow an der Wolga der Bau eines Hochdruckwerkes und eines Staudammes geplant ist. Die Bewässerung des Wolgagebietes habe eine ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung.

Während Amerika zur Lösung des Bewässerungsproblems verschiedene Methoden benutzte, werde die Sowjetunion ein Gebiet, das zweimal so groß wie das von der amerikanischen Bewässerungskommission im Jahr 1910 bewässert wurde, bewässern. Das Bewässerungswerk am Dnjestr, der Dnjeprostroi, sein jährliche Erzeugung an Elektroenergie werde ungefähr 9 bis 10 Milliarden Kilowattstunden betragen. Die Höhe des Staudammes werde 30 Meter und seine Gesamtlänge etwa 3 Kilometer betragen. Die Kosten des ganzen Baues werden auf etwa 1,5 Milliarden Rubel berechnet, die des ganzen Bewässerungssystems auf fünf Milliarden Rubel. Man hoffe, damit die Frage der Bewässerung der des östlichen von der Dürre heimgesuchten Gebiete der unteren Wolga gelöst zu haben.

Während in allen kapitalistischen Ländern der Niedergang der Produktion immer weiter fortschreitet, während da alles getan wird, um die Produktion zu hemmen, vollzieht sich in der Sowjetunion der gigantische Aufschwung, den die Welt je gesehen hat, werden Werke von kaum geahnter Größe geschaffen und ungeheure Gebiete fruchtbar gemacht und der Produktion erschlossen.

## Einen Stiefsohn vergiftet und den zweiten verbrannt

Eine mildgewordene Kleinbürgerin vor Gericht

Vor dem Landgericht Guben stehen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter unter der Anklage, den achtjährigen Sohn des Lehrers Ziehm vergiftet zu haben. Frau Ziehm steht außerdem noch unter der Anklage, den fünfjährigen Jungen des Lehrers verbrannt und an der Frau eines früheren Geliebten einen Mordversuch begangen zu haben.

Die angeklagte Ziehm ist der Typus der Heimbürgerlichen Frau, die nur ein Ziel kennt: einen Mann zu ergattern, ein sorgenloses Leben zu führen und alles, was ihrer Bequemlichkeit im Wege steht, aus dem Wege zu räumen. Als zwanzigjährige Mädchen hat sie zu einem 45-jährigen Mann in Beziehungen gestanden. Da dieser Mann aber verheiratet war, verübte sie damals ein Revolverattentat auf die Frau desselben und verübte sie schwer. Der Mann und die betreffende Frau, auf die sie damals das Attentat verübt hatte, wollten einen öffentlichen Skandal vermeiden und sahen von einer Anzeige ab.

Später heiratete diese Frau den Lehrer Ziehm, der ein Witwer mit zwei Kindern war. Die Kinder hatten von ihrer ersten Mutter einige tausend Mark geerbt. Auf dieses Geld hatte es Frau Ziehm abgesehen und überhaupt schien diese Kinder ihrer Bequemlichkeit im Wege zu stehen. Eines Nachts verbrannte das jüngere Kind unter rätselhaften Umständen. Im letzten Herbst kam zu Frau Ziehm ihre Mutter zu Besuch. Diese erhielt das gleiche Zimmer, worin der achtjährige Junge schlief, zugewiesen. In der Nacht wurde der Junge plötzlich von furch-

baren Rämpfen befallen und nach einer Stunde war er tot. Eine Autopsie der Leiche förderte zutage, daß das Kind von Frau Ziehm und ihrer Mutter mit chlorsaurem Kali vergiftet wurde.

Nun stehen die zwei Frauen vor Gericht. Beide spielen sie die Unschuldslämmer. Der Prozeß ist für zwölf Tage anberaumt.

## Riesenfeuer in Polen

Warschau, 24. Mai. Die Zelfabrik in Wilna, die größte Zelfabrik Polens, ist in der letzten Nacht einem Brand zum Opfer gefallen. Der ganze Gebäudekomplex ist ausgebrannt. Das Feuer griff auf die in der Nachbarschaft stehende Dampfmühle über, die ebenfalls völlig eingeebnet wurde. Durch den gewaltigen Brand wurde auch das städtische Schlachthaus beschädigt.

## Erdbeben und Vulkanausbrüche

Amsterdam, 24. Mai. Die ostindischen Inseln Flores und Timor, die erst vor kurzem von einer Naturkatastrophe heimgesucht wurden, meldeten gestern erneut schwere Erdbeben, die großen Schaden anrichteten. Zugleich traten mehrere Vulkane auf beiden Inseln in Tätigkeit. Einzelheiten über die Ausmaße der Naturkatastrophe liegen noch nicht vor.

## Schneesturm in Nordschweden

Stockholm, 24. Mai. Nordschweden und Dalarlän wurden gestern abend von einem schweren Schneesturm heimgesucht, der an vielen Stellen Verkehrsstörungen hervorrief und den Telefon- und Telegrafendienst vollkommen lahmlegte. Besonders überraschend war die Rückkehr des Winters in der Gegend von Sundsvall, wo man vor wenigen Tagen 23 Grad Wärme gemessen hatte und wo infolge des Sturmes das Thermometer unter den Gefrierpunkt gesunken ist.

## Mammuth-Funde in Rom

Beim Durchbruch einer im neuen römischen Stadtplan vorgesehenen Straße machte man in der Nähe des Colosseums einen eigenartigen Fund. In 20 Meter Tiefe stießen die Arbeiter auf einen harten Gegenstand, der sich bei näherer Untersuchung als ein vollständig erhaltener Stoßzahn eines Mammuths von drei Meter Länge und einem Maximalumfang von 0,75 Meter erwies. Ein Teil der Schädelknochen und ein Fadenzahn des vorhistorischen Tieres wurden ebenfalls entdeckt.

## Flecktyphus in Wilna

Bisher 100 Tote

Warschau, 24. Mai. Einige Bezirke im Wilnauer Gebiet sind von einer Flecktyphusepidemie heimgesucht worden. Bis jetzt sind in 20 Ortschaften mehr als 750 Personen erkrankt und davon über 100 Personen gestorben.

## Mit dem Motorrad auf einen Bauernwagen gerast

Ein Toter, zwei Schwerverletzte

U. Großgerau, 23. Mai. Ein furchtbarer Unfall ereignete sich am Montag spät abends am Ortsausgang von Dornheim. Der Motorradfahrer Otto Stier aus Großgerau fuhr auf der Straße Dornheim-Wolfskehlen auf einen Bauernwagen mit solcher Wucht auf, daß seine etwa 23-jährige Begleiterin auf der Stelle tot war. Stier selbst wurde mit schweren Schädelbrüchen in hoffnungslosem Zustand ins Darmstädter Krankenhaus gebracht. Der Führer des Fuhrwerks, ein Landwirt aus Wolfskehlen, kam unter den Wagen zu liegen, wobei er gleichfalls schwere Verletzungen davontrug.



## Ganz Mittelengland von schweren Überschwemmungen heimgesucht

Weite Gebiete Mittelenglands sind von Überschwemmungen in einer Stärke und Ausdehnung heimgesucht worden, wie sie seit 30 Jahren nicht zu verzeichnen waren. Unser Bild zeigt das Zerstörungswerk der Fluten an einer Brücke und an einem Haus in der Ortschaft Heeley, Grafschaft Sheffield.

## Spiegel der Ereignisse

### Mastschwein gegen ein Paar Hosen

In einer polnischen Zeitung findet sich folgendes Inserat:

„Ein Bauer, dessen letztes Paar Hosen bereits zerlumpt sind, bietet ein Mastschwein nach Wahl für ein Paar getragene Hosen. Sie müssen nur gebrauchsfähig sein. Für einen ganzen Anzug kann man eine gute Milchkuh haben.“

Dieses Inserat mutet auf den ersten Blick so an, als wäre es einem Witzblatt entnommen. Und doch ist es eine Tatsache, steht es in einer Tageszeitung. Dieses Inserat kennzeichnet die Verhältnisse, die heute in diesen Ländern herrschen, die fürchterliche Armut, unter der die Bauern leben. Die Preise aller Agrarprodukte sind im Laufe der letzten drei Jahre auf ein Drittel, teilweise sogar bis auf ein Viertel der früheren Höhe zurückgegangen. Der Bauer findet überhaupt keinen Absatz für seine Produkte. Zum Herbst des vergangenen Jahres haben die Bauern ihre ganze Ernte verschleudert, um sich auch nur das notdürftigste anzuschaffen zu können oder Zinsen für drückende Schulden abzutragen. Heute besitzen die Bauern weder Lebensmittel, noch die notwendigen Industrieprodukte und können auch das Vieh nicht füttern. Daher kommt es, daß Bauern eine Kuh für einen getragenen Anzug und ein Mastschwein für ein Paar getragene Hosen anbieten.

### Fahrkarten sollen gelöst werden

In einer rumänischen Zeitung ist folgende Bekanntmachung der Eisenbahndirektion veröffentlicht:

„Die Bevölkerung wird nochmals eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß vor Eintritt der Fahrt eine Fahrkarte am Schalter zu lösen ist. Die Eisenbahnerverwaltung wird gegen die Schaffner, und gegen das reisende Publikum, mit unnahezu strenger Strenge vorgehen. Unsere Eisenbahn befindet sich am Rande des Abgrunds, und es ist die unbedingte Pflicht eines jeden Patrioten, mit der Eisenbahn zu fahren und auch eine Fahrkarte zu lösen. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß es strengstens verboten ist, beim Erscheinen einer Kontrolle die Notbremse zu ziehen, und den Zug zu verlassen.“

Die Eisenbahndirektion.

Es ist nicht ein ideales Bild von idealen Zuständen in einem ideal geordneten Staat. Rumänien gilt bekanntlich als der Wächter der europäischen Zivilisation gegen die bolschewistische Barbarei.



Aus der in letzter Nummer der „AIZ.“ erschienenen Bilderreportage aus der Zeit der Eroberung Ägyptens durch England.

# Weißsteiner Erwerbslose rufen zum gemeinsamen Kampf

**Protest gegen den beabsichtigten Unterstützungsraub — Wohlfahrts-erwerbslose kündigen ihre Forderungen an — Einheitsfront wird hergestellt**

**Weißstein.** Am 20. Mai fand in Weißstein eine Versammlung der Wohlfahrts-erwerbslosen statt. Genosse Klein sprach über die neuen einschneidenden Verdrückungen, die den Wohlfahrts-erwerbslosen drohen. 20 Prozent Unterstützungsabbau bedeutet ein Fünftel weniger Kaufkraft, die ohnehin schon so gering ist, daß an Neuanschaffungen gar nicht mehr zu denken ist. Die soziale Lebenslage soll also noch tiefer herabgedrückt werden. Dazu kommt noch die Mieterhöhung und die immer schlechter werdenden Aussichten auf Arbeit. Gen. Klein wies aber auch nach, wo noch Geld in Umlauf und Fülle vorhanden ist, wo nicht gehört wird. Der Staat und die Privatunternehmer zahlen an die höheren Beamten die Pensionen und die Millionäre mit ihren ergaunerten Geldern bleiben unangefastet. „Gemeinsame Not, gemeinsamer Kampf“, das ist das Gebot der Stunde. Unter dieser Losung werden sich die Erwerbslosen, gleich welcher politischen Richtung, sammeln und den Kampf führen für Arbeit, Freiheit und Brot.

Die Anwesenden nahmen die Ausführungen des Gen. Klein mit Beifall auf und stimmten einmütig für die Anträge, die der Gemeindevertretung zugestellt werden sollen. Die Anträge lauten:

## An die Gemeindevertretung Weißstein!

Durch zum großen Teil jahrelange Erwerbslosigkeit ist die Not der Wohlfahrts-erwerbslosen der Gemeinde Weißstein ins Grenzlosste gestiegen. Die wöchentliche Unterstützung langt nicht zur Erhaltung des nackten Lebens. Neuanschaffungen können beim besten Willen nicht mehr getätigt werden. In des Wortes krasser Form verkrumpfen wir. Dieses Elend soll noch mehr verschärft werden.

Die angeklündete Notverordnung enthält eine 20-prozentige Kürzung der Unterstützung, bei gleichzeitiger Steigerung der Miete durch Streichung von 20 Prozent der bisher erlassenen Ganzjahrssteuer.

Wir rufen von dieser Stelle einmütig und eindeutig: **Gegen das Elend und die Not! „Gemeinsame Not — gemeinsamer Kampf!“** das ist das Gebot der Weißsteiner werktätigen Bevölkerung. Nach dem werden sie handeln.

Diesem Beweggrund beherzigend, wolle die Gemeindevertretung beschließen:

1. Der geplante 20prozentige Abzug wird nicht durchgeführt.
2. Die durch die Notverordnung entstandene Mieterhöhung übernimmt die Gemeinde auf die Dauer der Erwerbslosigkeit.
3. Die Gemeinde errichtet in jedem Ortssteil eine Volksschule unter Kontrolle der Erwerbslosen, in welcher jeder Erwerbslose für sich und seine Familie ohne Abzug der Unterstützung ein Mittagessen unentgeltlich erhält.
4. Die Gemeinde führt die Kinderpeisung in Ausgabehöhe des Jahres 1928 durch.

Die Weißsteiner Erwerbslosen werden ihre ganze Energie und Kampfkraft daran setzen, um diesen für sie lebenswichtigen Forderungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Sie geben sich keinen Illusionen an das Parlament hin, sondern wissen, daß ihre Forderungen nur im außerparlamentarischen Kampf verwirklicht werden. Erwerbslose, erscheint zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung! Schmiedet die rote Einheitsfront!

## Pflichtarbeit auch in Schreiberhau

# Erwerbslose im Kampf um Arbeit zu Tariflohn

**Schreiberhau.** In der letzten Gemeindevertretung wurde beschlossen, daß demnächst alle Wohlfahrts-erwerbslosen zur Pflichtarbeit herangezogen werden. Jeder Wohlfahrts-erwerbslose hat in der Woche an zwei Tagen zu arbeiten und erhält dafür pro Tag eine Entschädigung von je zwei und schreibt 50 Pfennige. Die SPD-Fraktion schlug vor, wenigstens, wie in anderen Orten üblich, 1 Mark pro Tag (!) zu geben. Mit dieser Forderung dokumentierte die SPD-Fraktion ihr Einverständnis mit der Pflichtarbeit, für die zudem nur eine sehr geringe Entschädigung geleistet wird. Wir fragen die Erwerbslosen und vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, seid ihr gewillt, für diesen Hungerlohn den ganzen Tag zu arbeiten? Eine solche Arbeit ist der Anfang zum weiteren Sinken auf das Elendsniveau eines dänischen Kulis. Jeder Arbeiter muß das in seinem eigenen Interesse ablehnen. Deshalb ist das Gebot der Stunde **gemeinsamer Kampf gegen diese Pflichtarbeiten.** Die Erwerbslosen wollen arbeiten, aber nur bei tariflicher Entlohnung.

Zu der letzten Gemeindevertretung hatten die Erwerbslosen von Schreiberhau einen Dringlichkeitsantrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe zu Pfingsten in Höhe von 1000 Mark für sämtliche Erwerbslose eingereicht. Dieser Antrag wurde zwar vertlesen, kam jedoch nicht zur Behandlung, da das Gemeindevorstandesamt zunächst darüber abstimmen ließ, ob bei diesem Antrag „Dringlichkeit“ vorliege. Für die Dringlichkeit des Antrages stimmten nur die Vertreter der SPD. (Die SPD ist in dem Gemeindevorstandesamt nicht vertreten).

Die Vertreter der NSDAP sind verantwortlich für die Ablehnung des Antrages der Erwerbslosen. Sie haben damit erneut bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, auch nur das geringste für die hungernden Erwerbslosen zu tun.

Daran müssen die Anhänger der Nazis erkennen, daß ihr Platz niemals bei Hitler sein kann. In Schreiberhau mit seiner großen Zahl Erwerbslosen, ist dringender als sonstwo notwendig, **sofort die Einheitsfront zum Kampf gegen die Pflichtarbeit, für Arbeit bei tariflicher Entlohnung, gegen jeden Unterstützungsraub zu schmieden.** Die Erwerbslosen müssen nach dem Grundgesetz handeln: **„Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf.“**

## Feldzug der Liegnitzer Polizei gegen die Ermittlerten

**Liegnitz.** Eine Anzahl Bewohner der Liegnitzer Ermittlerten-Quartiere „Fliegerhorst“ und Parade-Angelegenheiten erhielten dieser Tage von der Ortsverwaltungsbehörde ein Schreiben, betitelt: „Polizeiliche Verfügung“, worin dieselben aufgefordert wurden, sich bis zu einem bestimmten Termin ein anderweitiges Unterkommen zu suchen. Es handelt sich bei denen, die dieses Schreiben erhielten, durchweg um Arbeiterlose, die nicht imstande waren, von ihrer jämmerlichen Unterstützung noch 3 bis 5 Mark

Miete wöchentlich zu bezahlen und deshalb mit Einwilligung des Magistrats freiwillig in die Ermittlertenquartiere gezogen sind.

Wie stellt sich die Ortsverwaltungsbehörde die Durchführung ihrer Verfügung vor? Herr Stadtrat G. L. wir sind bereit, aus unseren bisherigen Wohnungen auszuscheiden, wenn Sie dafür sorgen, daß uns andere Wohnungen zugewiesen werden und der Magistrat die Zahlung der Miete übernimmt. Oder sind Sie Herr Stadtrat der Ansicht, daß man von 10—13 Mark wöchentlich Unterstützung noch 3—5 Mark wöchentlich zahlen kann? Vielleicht könnten Sie uns zeigen, wie man dies macht?

Bewohner der Ermittlertenquartiere, seht euch gegen die brutalen Maßnahmen der Polizeiverwaltung zur Wehr. Bildet eine einheitliche Abwehrfront. Erwerbslose von Liegnitz, ihr müßt euch mit den „Fliegerhorst“ und Paradebewohnern solidarisieren. Nur durch außerparlamentarische Masserkaktionen der Arbeiterklasse kann der Artikel der Reichsverfassung: **„Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“** verwirklicht werden.

## Jeder Jungarbeiter liest die „Junge Garde“

Organ der werktätigen Jugend. Bei allen Jungkommunisten und im Haus Prostan, Wallstraße 13, zu erhalten. Die Nummer bringt: Stolzenberg stellt Giltgas her. Erfolgreiche Jugendstreiks. Wie die Jugend gegen Rußland gehegt werden soll, u. a.

# Wegen bevorstehender Versteigerung in den Tod

**Das notleidende Handwerk vor dem vollständigen Ruin — Solidaritätsaktion der Arbeiter verhindert die Versteigerung des Mobiliars kleiner Handwerker**

**Waldau O.** Der hiesige Schuhmachermeister Petrich stand vor der Versteigerung des wenigen, das er noch sein Eigen nannte. Schuhmachermeister Petrich ist als Versteigerung sah er seinen vollständigen Ruin vor. Er sah darin eine große Schande und griff zum Strick. So wurde der Schuhmachermeister Petrich ein Opfer des kapitalistischen Systems, er ging freiwillig aus dem Leben.

Tausende Angehörige des Mittelstandes und vor allem des kleinen Handwerks, stehen vor demselben Ruin. Das ist keine Schande für die Angehörigen des Mittelstandes. Schuld daran ist das unerbittliche und bankrotte kapitalistische Wirtschaftssystem. Der Weg, den der Handwerkermeister Petrich gegangen ist, ist der falsche Weg! Die



## Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf

**Ein offener Brief der NSD. und SPD. an alle Erwerbslose, Gewerkschaftsmitglieder, SPD- und parteilose Arbeiter von Hagnau**

Die letzten Ereignisse im hiesigen Stadtparlament zwingen uns, die Verlogenheit und den gemeinen Verrat der hiesigen SPD- und Gewerkschaftsführer „F. A. L.“ — „M. A. L.“ gegenüber den hungernden Erwerbslosen an den Prager zu rufen.

Kann und die Wahlen mit den Betrüchungen (Arbeitsbeschaffung) von der SPD bis zu den Nazis verabschiedet, da hell auch schon die besitzende Klasse zu den schwersten Schlägen aus. Den Betriebsarbeitern werden die schon bestehenden Hungerlöhne um 10 Prozent bis 30 Prozent abgebaut.

Den Erwerbslosen und besonders den Wohlfahrts-erwerbslosen, hat man bereits eine Kürzung der Hungerunterstützung nach Pfingsten angedroht.

Die Milch soll euren Kindern entzogen werden. Das Gewerkschaftsblatt verlangte zum Schein im Stadtparlament eine Weiterbefreiung, aber die gesamte SPD-Fraktion unter Führung „M. A. L.“ war für den Entzug der Milchkarten.

Die Volksschule wurde mit Zustimmung der SPD-Fraktion geschlossen, weil — wie der Zatte „M. A. L.“ erklärte — die Arbeiter im Sommer keinen Hunger haben. Dagegen mehr als 200 Essenhalter, darunter viele SPD-Arbeiter, gegen die Schließung durch Unterschriften Protest erhoben.

Eine Wirtschaftskomitee lehnte die SPD-Fraktion ab, da es unangebracht sei — nach ihrer Meinung sollten wir Erwerbslosen gegenseitlich verhungern.

Als die Erwerbslosen in der Stadtverordneten-Sitzung gegen diesen bewußten Verrat protestierten, wollte der Herr — „M. A. L.“ dem anwesenden Propagandaführer der Nazi keine Möglichkeit für das dritte Reich bewahren und hegte die Polizei auf die hungernden Arbeiterlos! P. U. I. I.

Sozialdemokratische Kollegen, Klassenverrat, Gewerkschaftler, macht Schluss mit dieser Sorte Auhier, ihre politische Handlungsmuster deckt sich voll und ganz mit der Isolierungspolitik ihrer Führer im Reich. Wir reichen euch ohne Parteimittel die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf in roter Einheitsfront.

**Gemeinsame Not erfordert einen gemeinsamen Kampf, wir dürfen auf keinen Fall einen weiteren Abbau unserer Unterstützung dulden.**

Organisiert sofort mit uns den Abwehrkampf, wartet nicht, bis euch die SPD-Führer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt haben.

Wir organisieren den Kampf für die Weiterbefreiung der Wahlenkarten in voller Höhe, gegen die Abbau der Unterstützung, gegen jede Zwangsvermittlung hungernder Erwerbsloser, für die Verwirklichung der gemeinsamen Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen Hunger — Krieg — Faschismus!

## Lohnabbaupläne bei den Gemeindearbeitern

**Auswirkungen der Rationalisierung**

**Landeshut.** Die beherrschende Zuhilfenahme zu bewerten sind, zeigt ein Fall aus dem hiesigen Hädtischen Gaswerk. Bei Anbringung einer billig entfallenden Badvorrichtung im Gaswerk, erklärte damals der Delegierte des Gas- und Wasserwerkes in einer Stadtverordnetenversammlung, auf Anfrage eines Genossen Schwertner: **„Wir denken darnicht daran, durch diese Neuerung Leute übrig zu machen, es soll dies nur eine Erleichterung für alle Arbeiter sein!“**

Was hat sich daraus ergeben? Einmal ist durch die beschränkten Raumverhältnisse keine Erleichterung eingetreten, sondern nur Unglücksfälle. Zum anderen sind noch Arbeiter übrig gemacht worden, indem jetzt bei der Schicht anstatt drei, nur zwei Mann arbeiten.

Gerade die kommunalen Arbeiter sind durch die wiederholt erfolgten Lohnkürzungen und Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich außerordentlich hart betroffen worden; bald 50 Prozent

weniger Lohn, aber ein Drittel mehr Arbeitsleistung! Das sind die Auswirkungen der reformistischen Gewerkschaftspolitik und der Methode des „kleineren Übels!“

Auf Grund der neuen Notverordnung stehen die Kommunalarbeiter erneut vor der Frage des Lohnabbaues. Trotz des „radikalen“ Geschreies der Bürokraten in den Versammlungen, werden die Gewerkschaften wiederum nichts unternehmen, diesen neuen Raub an den Löhnen der Arbeiter abzuwehren! In Gemeinschaft mit den Pflichtarbeitern und den Erwerbslosen, denen die Unterstützung ebenfalls gekürzt wird, gilt es, alle Vorbereitungen zu treffen, diesen erneuten Raub abzuwehren.

Im Kampfe mit der NSD., unter Führung der kommunistischen Partei, heißt es in geschlossener Front aufzumarschieren, im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Notverordnung und Unterdrückung der Arbeiterkraft, gegen die drohende Kriegsgefahr, für den Schutz der Sowjet-Union!

Arbeiter von Waldau haben gezeigt, daß es einen besseren Weg gibt. Das ist der revolutionäre Weg des Kampfes. Die dem Kampf der Arbeiterklasse müssen sich die Handwerkermeister, muß sich der notleidende Mittelstand anschließen.

Als die Versteigerung bekannt wurde, versammelten sich kommunistische und andere Arbeiter, um durch eine Solidaritätsaktion die Versteigerung zu verhindern. Nach Bekanntwerden des freiwilligen Todes der Schuhmachermeisters, wurde die Versteigerung zurückgezogen. An deren Stelle erfolgte eine Versteigerung des Mobiliars eines hiesigen Malermeisters. Auch hier traten die Arbeiter in Aktion, um die Versteigerung zu verhindern. Der Gläubiger des Malermeisters kaufte sich vom hiesigen Ort den Nazi Mann Schuster und den Stahlhelmmann Nebich, beide Wohlfahrts-empfänger, zum Bieten an. Im Gerichtskretscham, wo die Versteigerung stattfinden sollte, kaufte er jedem zwei Glas Bier und gab jedem 50 Pfennige. Leider lassen sich auf diese Art und Weise selbst Arbeiter durch die Nazi- und Stahlhelmführer verriert, gegen den notleidenden Mittelstand mißbrauchen. Die kommunistischen Arbeiter waren jedoch auf der Wacht. Die gekauften Subjekte wagten es nicht zum Bieten zu erscheinen.

**Durch die Solidaritätsaktion der Arbeiter, mußte die Versteigerung als undurchführbar aufgehoben werden.**

In dieser Weise muß überall in Stadt und Land das Kampfband zwischen Arbeiter und Landvolk, sowie dem armen Mittelstand geschlossen werden. Der notleidende Mittelstand kann den vollständigen Ruin nur verhindern, wenn er sich der kämpfenden Arbeiterklasse anschließt.

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

46982

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33

bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

Zweigstellen: 1. Gräbschener Straße 19/21, 2. Moltkestraße 14, 3. Bohrauer Straße 43, 4. Poststraße 7

Einkaufsquelle sämtlicher Werkstätten

KAUFT SCHUHE NUR VON ENORM BILLIG NATHAN GRAUPENSTR. 2 4, an grob - an detail

Selten-Vertrieb Der schlechte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Wenn Ihnen andere Mittel nicht helfen, so versuchen Sie es mit 'Haimi'

Kaschube & Döring GmbH

Anzugsstoffe kaufen Sie billigst und gut bei Altmann & Dehwasser

Drogen, Farben, Foto Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus

Werkstätige, kauft Radio nur bei RADIO - Ritterplatz

Paul Peschke, Messergasse 1

Lebensmittel- und Kohlenhandlung

Moustrauen bevorzugen Milch- u. Molkeerzeugnisse

Dampfmolkerei Scheloske & Sohn, Breslau-Kl.-Tschansch

Gemeinnütziges Pfandleihhaus

Schlesische Mühlenwerke

Schuhe ImuhVogel

Fleisch-Zentralen

Lebensmittelhaus

Stoff-Schuffan

Händler

Photo-Bazar Lüttgens

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich

Elektro-Wäscherei

Milch- u. Molkeerzeugnisse

Schuhbesohlung Curt Thamm

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus

Wäscherel, Schneewittchen

HUT-ROSENTHAL

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation

Händler und Hausierer!

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Remak, Lederhandlung

Kauft beim inserenten

Bäckerei und Konditorei

Drogen, Farben, Foto

Paul Gebauer

Kolonialwaren, Konserven

Oskar Laguna

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich

Vogelfutter nur bei Ritter

Schmelz Ist und bleibt billig!

Kolonialwaren R. & J. Lux

Farben und Lacke / Malerhaus

Lebensmittelhaus

Heinrich & Co.

MARGARINE

Carl J. S. Kessler, Inh. O. Klein

Henilitschka - Tapeten

Schuh-Herz

Hedwig Depta

Kolonialwaren - Spirituosen

Fischgeschäft

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“

Paul Kusche

Dampfwascherei und Feinplätterei

Albert Stosch

Hüte - Mützen, Herren-Artikel

Felix Eckerl

Cade, Farben, Pinsel

Paul Scholz

Lederhandlung

Fischhaus

Max Hüse

Kolonialwaren

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich

Vogelfutter nur bei Ritter

Schmelz Ist und bleibt billig!

Kolonialwaren R. & J. Lux

Farben und Lacke / Malerhaus

Lebensmittelhaus

Heinrich & Co.

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere

Trinkt Nitschke-Crem

Sämereien - Gartenbedarfsartikel

Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren

Karl Kirchner

Kolonialwaren

Max Naewe

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbrotwaren bei

Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbrotwaren bei

Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbrotwaren bei

# Die englische Presse zur Lage in Deutschland

## „Brüning der Wegbereiter von Schleicher und Hitler“

London, 21. Mai. Unter der fettgedruckten Überschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr“ beschäftigt sich das katholische Blatt „Daily Mail“ in großer Aufmerksamkeit mit der preussischen Kabinetskrise.

Die Dinge seien so weit gediehen, daß man sich fragen müsse, ob in Deutschland eine Revolution oder Diktatur bevorstehe. Die Frage sei nicht mehr die, ob Dr. Brüning in Gefahr sei, sondern ob die gegenwärtige Regierungsform überhaupt noch aufrechterhalten werden könne. Die Lösung der gegenwärtigen Krise werde möglicherweise eine Diktatur oder ein Dreimännerrat sein. Dann könne der neue Preussische Landtag und der Reichstag über Vord gehen. Brüning selbst habe durch seine Notverordnungs-politik den Weg zu einer Diktatur vorbereitet. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in bester Ordnung vorfinden.

Die „Times“ führen die Äußerungen der „D.M.“ an, daß selbst eine völlige Streichung der Tribute in Lausanne Brüning nichts mehr nützen werde, da das deutsche Volk die Tributstreichung schon als gesichert ansehe. „Times“ meint dazu, diese Äußerung sei sehr reich im Vergleich mit der oft im Auslande geäußerten Meinung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage der Ungewissheit und dem Mißtrauen von heute ein Ende machen würde. Das Blatt vermerkt besonders die Äußerung Straßers, der nächste Schritt der deutschen Außenpolitik müsse die Wiedergewinnung der Wehrhoheit sein.

Bei ihrer Einschätzung der Lage in Deutschland zieht die englische bürgerliche Presse einen Nachfaktor nicht in den Kreis ihrer Berechnungen: das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die K.P.D., die den einzigen Ausweg aus der Krise, den revolutionären Ausweg, weist.

## Schweizer Freidenker protestieren gegen Brünnings Freidenkerverbot

Der zweite Landeskongreß des Proletarischen Freidenkerverbandes der Schweiz, hat eine Resolution gegen Brünnings Freidenkerverbot angenommen, in der es heißt:

„Diese neue Unterdrückung des kämpfenden Proletariats Deutschlands beweist die enge Verbindung der Kirche mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Weil die proletarischen Freidenker Deutschlands es verstanden, in einer breiten Aufklärungskampagne der Antibolschewistenhege der reaktionären Kirchen überall erfolgreich entgegenzuwirken, die kulturelle und kriegerische Tätigkeit der Kirche zu entlarven und zu hemmen, hat die Kirche, hat ihre Partei, das Zentrum, das Verbot der proletarischen Freidenkerbewegung verlangt. Die Bourgeoisie muß die Kirche stützen, weil sie die Kirche braucht, zu noch stärkerer geistiger Unterdrückung der Arbeiter, weil sie die Kirche braucht, noch weit mehr als bisher die proletarischen Massen zu knechten.“

Der sozialdemokratischen Partei Deutschlands kam dieses Verbot der proletarischen Freidenker sehr gelegen, sie hat dieses Verbot gutgeheißen, und hat nur die Bitte an die Bourgeoisie gerichtet, die sozialdemokratischen Freidenker aus dem Sievers-Hartwig-Verbande nicht mit den proletarischen Freidenkern zu verwechseln. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Rolle bei dieser Notverordnung ihre Aufgabe als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterschaft, als Wegbereiter des Faschismus, erneut bewiesen.

Der Proletarische Freidenkerverband der Schweiz, und mit ihm das gesamte kämpfende, klassenbewußte Proletariat der Schweiz erhebt sich schärfsten und entschiedensten Protest gegen das Verbot der deutschen Bruderorganisation, gegen das Verbot der F.F.D. in Deutschland. Er erklärt die Solidarität der kämpfenden schweizerischen Arbeiterschaft mit den revolutionären Brüdern in Deutschland.

Der Proletarische Freidenkerverband der Schweiz wird als Antwort auf das Verbot alle Kraft daransetzen, den Kampf gegen die Kirche und ihre Bundesgenossen unter den breiten Massen zu organisieren.“

# Rote Kubaner Partisanen über Gorgulow

## Konterrevolutionäre Banditen sind die Vertrauensleute der französischen Polizei

Moskau, 23. Mai. Die Moskauer Blätter veröffentlichen heute ein Schreiben der roten Partisanen Kubans, die Tatsachen über die konterrevolutionäre Tätigkeit der weißgardistischen Banditen Gorgulow, Itachow und Solotarew anführen. Diese Tatsachen werfen ein großes Licht auf die Personen, deren sich die französische Polizei für ihre sowjetfeindlichen Provokationen bedient.

In diesem Schreiben wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Zeugnissen dieser Banditenabenteurer dieses ganze Gefindel von Verrätern und Banditen noch am Leben ist. Die roten Partisanen wenden sich an sie mit folgenden Worten: „Hört! Es sprechen mit euch rote Partisanen, die euch seinerzeit in Kuban und Terel windelweich gepregelt haben. Wir leben noch und erinnern uns ausgezeichnet an euch, Gefindel!“

Im Schreiben werden Tatsachen über die Tätigkeit Gorgulows als Heilgehilfen geschildert, der sich als aktiver Bandit und Halsabschneider aufgeführt hat. Gorgulow fuhr in den Kosakeniedlungen herum, wo er konterrevolutionäre Agitation betrieb. Die Bande, an deren Spitze er stand, raubte, mordete und mißhandelte unschuldige und wehrlose Einwohner, vergewaltigte Frauen. Gorgulow forderte auf dem Kongreß des Maikop, der am 31. Dezember 1917 vom weißgardistischen General Danilow und dem Obersten Zwanenko einberufen wurde, zu Pogromen gegen die Dorfarmut auf.

Ueber Solotarew, den die Pariser Provokateure als einen „Sowjetkommissar“ hinzustellen suchen, heißt es im Brief, daß er aktiver Weißgardist war und von der Abteilung der roten Partisanen Bujsho-Shuka in Krassnodar (früher Zefate-

rinodar) erschossen wurde. Itachow, dieser „Hauptzeuge“ der französischen Geheimpolizei, war als Trunkenbold und Hooligan bekannt. Die Brüder Itachow waren reiche Hausbesitzer und Theaterbesitzer. Ihr früheres Theater ist jetzt ein Kulturpalast, der die Kollektivwirtschaftler bedient.

Das Schreiben endet mit folgenden Worten: „Die ganze Kubaner kollektivierte Bauernschaft erinnert sich an euch, weißgardistische Banditen, und bedauert nur, daß sie euch nicht tötete, um euch ein für allemal die Möglichkeit sowjetfeindlicher Provokationen zu nehmen.“

## Gorguloff: „Ich, der Führer der russischen Faschisten“

Paris, 23. Mai. Wie die Unterjuchung des Falles Gorguloff ergeben hat, befindet sich unter den in Monaco beschlagnahmten Schriftstücken eine Broschüre über den 1920 in Sibirien von Bolschewisten erschossenen Admiral Koltjatsch. Unter dem Pseudonym Koltjatsch hat Gorguloff in der einen Ecke den Todestag des Admirals und in der anderen Ecke das Datum des 6. Mai 1932 verzeichnet, an dem er Doumer ermordet hat. Diese Notiz dürfte den Korjakh Gorguloffs zu seiner Tat erweisen. Unter der Photographie Koltjatschs steht ferner folgende Bemerkung Gorguloffs: „Lieber Freund, du großer russischer Patriot, ich, der Führer der russischen Faschisten, sterbe für das gleiche Ideal wie du.“

# Seeleute beschließen internationalen Kampfaufmarsch gegen imperialistischen Krieg

## Exekutivkomitee des I.S.H. aus Vertretern von 21 Ländern gewählt

Hamburg, 23. Mai. (Eig. Drahtber.) Am dritten Kongreßtag trafen noch einige Länderdelegationen ein. Auf dem Kongreß sind jetzt vertreten: 29 Länder und 5 Kolonien. Die Mandatsprüfungskommission erkannte von 189 Delegierten 171 Mandate als berechtigt an. Von den Delegierten sind 65 Mitglieder von der I.S.H. angeschlossenen Sektionen, 57 Delegierte gehören den reformistischen Organisationen an, 10 syndikalistischen Organisationen, die übrigen sind unorganisiert.

Genosse Walter behandelte in einem Schlußwort die Kongreßvorschlüge, die durch die Diskussionsredner gemacht wurden und schlug dem Kongreß zum 1. und 2. Tagesordnungspunkt eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde.

Außerdem beschloß der Kongreß an alle Wassertransportarbeiter der Welt einen Aufruf zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und einen zweiten Aufruf zur Schaffung der roten Einheitsfront und zum Anschluß an die Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter herauszugeben. Das Exekutivkomitee der I.S.H. wurde aus 35 Seeleuten, Hafenarbeitern, Binnenschiffern sowie Fischern zusammengesetzt. Vertreten sind jetzt im Exekutivkomitee 21 Länder: Mitglieder und Funktionäre reformistischer Verbände sind Mitglieder des Exekutivkomitees der I.S.H.

Eine Ovation wurde der Mutter zweier zum Tode verurteilten Negern in Amerika bereitet, die eine Ansprache an den Kongreß hielt. Am Mittag wurde ein Seemann bei der Protestdemonstration der Erwerbslosen von der Polizei niedergeschossen. Der Kongreß nahm unter größter Entrüstung eine Protestentschließung an.

Spät am Abend tagten noch die Kommissionen. Der Bericht von der Schlußsitzung liegt noch nicht vor.

## Brünner Waffenwerte beschäftigen Weißgardisten

Prag, 23. Mai. Die Säuberungsaktion in den Brünner Waffenwerken von allen Klassenbewußten und revolutionären Arbeitern nimmt ihren Fortgang. Im Betrieb werden nur „zuverlässige Arbeiter“ belassen, darunter alle im Betrieb beschäftigten russischen Weißgardisten. Unter anderen ist im Betrieb der russische weißgardistische General Gussimow beschäftigt. Außerdem wurde als Abteilungsleiter ein Verwandter des Chefs des Generalstabs, des General Sirov, und noch eine Reihe weiterer Personen auf Empfehlung verschiedener Generale aufgenommen.

Ebenso wie in der Tschechoslowakei sind auch in deutschen Betrieben zahlreiche organisierte Banditen, meist Mitglieder der K.P.D., beschäftigt, die von der Betriebsleitung vorzugsweise als Werkstücke verwendet werden. Die rote Einheitsfront muß diese Kriegsprovokateure aus den Betrieben jagen!

In Reichenberg wurde eine Versammlung des Bundes der Freunde der Sowjetunion verboten und eine Versammlung der K.P.D. aufgelöst, weil die Referenten über den Fall Gorgulow sprechen wollten (!).

# Frauen führen Krieg

von Emma P. Donnerberger

36. Fortsetzung Copyright by „Rote Fahne“, Berlin 1932.

„Wie leicht haben es diese Mädchen!“ dachte Luise. „Sie leben ohne Gedanken, ohne Sorgen, ohne Schmerzen und Hemmungen in den Tag hinein und freuen sich auf den Abend, der ihnen ein bißchen Liebe bringt. Kaum können sie ihr Essen schnell genug hinunterwürgen, um nur den Treffpunkt nicht zu veräumen.“

Ihr Blick fiel wieder auf die Zeitung. Was werden sie wohl ihren gläubigen Lesern wieder aufgefischt haben? Ob wohl von denen noch mal was Gutes kommt? Sie schlüpfte ins Bett und vertiefte sich in den Leitartikel.

Die ganze Zeitung war ein Dokument dafür, daß die Leute am Ursulamarkt in Köln blind waren gegen das, was geschah. Wollten sie nicht sehen, was vor sich ging? Wollten sie nicht erkennen, welche üble Rolle sie als die Prediger der Vaterlandsverteidigung spielten? Nein, das war bewußter Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse! Das war nur die loulaquente Fortsetzung des Weges vom 4. August 1914. Der „Vorwärts“ und eine Schrift Kaufmans wurden zitiert, wo aufs entschiedenste gegen den Mißbrauch der Marxschen Formel von der Diktatur des Proletariats Stellung genommen wurde. „Nicht nur die Unabhängigen“, hieß es da, „sondern auch bolschewistisch gefärbte Parteigänger derselben müssen sich vor Augen halten, daß es für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft kein größeres Hindernis gibt, als den inneren Krieg. Wir müssen ebenso entschieden wie die Diktatur des Säbels, die bolschewistische Diktatur der Arbeiterräte vernichten. Wir verlangen von den Unabhängigen eine klare Willensäußerung: Denn hier handelt es sich nicht nur um theoretische Fio-

knadereien, sondern um eine Frage auf Leben und Tod für das ganze Proletariat.“

In der Mitte dieses Artikels befand sich eine fette Schlagzeile:

Die Sicherung der Kriegsanleihe ist und bleibt die erste Ehrenpflicht des Reiches! Darum zeichne!

Ueber die erste Wut, die das Studium der Zeitung in Luise auslöste, kam sie schnell hinweg. Der Glaube an die Kraft des Proletariats, an den gesunden Klasseninstinkt der Arbeiter, an die Hoffnung, daß Tausende, ja Hunderttausende aus diesem Erlebnis, aus diesen Vorgängen ihre Lehre ziehen würden, war stärker.

Was war in Rußland? In Rußland war Revolution. In Rußland war die Diktatur des Proletariats. Sie erinnerte sich an die gefangenen Russen in Belgien, die wie wartend hinter ihren Gittern standen und mit großen brennenden Augen in die Ferne starrten und die auf den Fluch der deutschen Soldaten: „Dieser verdammte Krieg“, immer nur die eine Antwort hatten: „Bei uns kein Krieg mehr, bei uns Revolution! Alle Soldaten, Arbeiter, Bauern, müssen Revolution machen, dann alles gut, dann — — Freiheit!“ Warum schrieb die „Rheinische Zeitung“ nichts von der Revolution in Rußland? Warum bekten sie gegen die Bolschewiken? Es war klar, das, was in diesem Reichreich vor sich ging, mußte geheim gehalten, mußte verheimlicht werden, damit es die andern nicht zu gleicher Tat empörte.

Luise fühlte sich einsam, zur Tatenlosigkeit verdammt. Was tat sie schon, wenn sie in der Schreibstube gegen die Ungerechtigkeit opponierte und die Soldaten, mit denen sie in Berührung kam, mit der Naie auf die Vorgänge stieß? Was tat sie schon, wenn sie Widerstand und Obstruktion erzeugte? Zweifellos, das fühlte sie, würde ihr der Fall Schwarz noch weitere Gelegenheit dazu geben. Aber das genügte ihr nicht. Sie brauchte einen Menschen, mit dem sie über alle diese Dinge, die sie bewegten, die sie aufwühlten, hätte sprechen können. Mit Bitternis dachte sie an den Unteroffizier Reimann, an den „Sozialisten“. Die Streifen am Kopf schufen einen Abhang, Sie hatten ihn, genau wie damals die Vorarbeiter der Munitionsfabrik, durch ein paar Mark höheren Lohnes und ein paar geschenkte Zigarren zum willigen Objekt des herrschenden

Systems gemacht. Luise brauchte jemand, der kein Vorgesetzter war, der als gleichgestimmter Arbeiter zu ihr stand. Sie dachte dann wieder an Paul Berger. Wo mochte er jetzt wohl sein? Ob er sie vergessen hat? Warum schrieb er nicht? Sie quälte sich nun schon jeden Tag mit dieser Frage. Er wäre jetzt der einzige gewesen, der sie verstanden, der ihr vieles Unklare beantwortet hätte.

Mit diesem Gedanken schloß sie ein. Die rot angestrichene Zeitung mit der Kriegsanleihe-Propaganda rutschte von der Bettdecke. Der Schlaf nahm alle Wünsche, Sorgen und Hoffnungen mit sich. Sie träumte von den Freunden dabei, von dem Jugendheim, von den Sommerfahrten, wo gelungen und gelacht wurde. — — Der Krieg war ausgebrochen — — alle waren wieder da, keinem war etwas passiert, alle wollten sie wieder tüchtig arbeiten, die Bewegung ausbauen, groß und stark machen! —

Und einer sagte: „Wir müssen den Krieg gegen den Krieg organisieren! Die Fäuste der Millionen Arbeitern müssen sich zusammenballen zu einem Schlag gegen den Kapitalismus, zum Sturz der herrschenden Klasse! Und ein anderer rief dazwischen: Wenn sich Millionen einig sind, kann man sie nicht ins Gefängnis werfen, kann man sie nicht zwingen, sich gegenseitig zu erschließen. Millionen Arbeiter sind eine Macht, die nicht geschlagen werden kann! — — Plötzlich knallte ein Schuß! — Was ist los? Sie sehen sich an, stehen alle auf. Ihre Gesichter tragen den Zug letzter eiserner Entschlossenheit, den Willen zur revolutionären Tat. —

In die Wirklichkeit zurück. Es ist 7 Uhr. Der Wecker hatte gellingselt. Luise ist in Antretourt, beim Armeesquartier 3. Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Sie muß ins Büro, muß um 10 Uhr an ihrem Schreibtisch sitzen. Was wird es heute wieder geben? Wird sie wieder Urlaubsscheine schreiben? Vielleicht — einen für den Monteur Schwarz? Vielleicht hat man sich doch besonnen und gibt ihm ein paar Tage, damit er nach Hause fahren, noch einmal seine Frau sehen und — die Kinder ins Waisenhaus bringen kann? —

Leutnant Mayer, der diensttuende Offizier von gestern, hatte den Vorfall vergessen, wenigstens schien es ihr so. Er diktierte ihr einige Briefe, als ob nichts geschehen sei. Luise arbeitete schematisch mit dem Vorfall, ruhig zu bleiben. Was würde sie schon erreichen, wenn sie sich aufregte? Vielleicht würde sie entlassen, nach der Heimat abgeschoben und hier ging alles seinen Gang.

Fortsetzung folgt

# Waltershausen

Ein Signal für die Notmierung der roten Einheitsfront

Die gemeinsame Not gebricht kommunistischen Kampf... es in dem Appell des 31. der kommunistischen Partei, die sich zusammen mit der SPD an alle Arbeiter zur Herstellung der roten Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus und Krieg wendet.

Die Thüringer Regierung hatte bereits vor dem zweiten Reichstagsentscheidungsabgang eine Verordnung zum Abbau der Wohlfahrtsunterstützung um 10 Prozent erlassen. In Waltershausen, wo unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister der Abbau zuerst durchgeführt werden sollte...

In Waltershausen, einer Stadt mit 9000 Einwohnern, sind ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung erwerbslos. Die Not ist ungeheuerlich groß. Die ruinieren Mittelständler sind auf die geringe Kaufkraft der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger angewiesen...

Als dieser Plan rückwärts wurde, erhoben die Unterstützungsempfänger Klammern Protest und schlossen sich zu einer einheitlichen Front zusammen. Sie wählten ein Kampfkomitee, bestehend aus zwei kommunistischen, einem sozialdemokratischen, einem nationalsozialistischen und einem parteilosen Unterstützungsempfänger.

In der vorigen Woche sollte der Unterstühtungsabbau unter allen Umständen Tatsache werden. In Verhandlungen mit der Regierung wurde die Forderung gegeben, daß 6000 Mark dem Kreis Gotha mehr überwiesen werden sollten...

Einmalig lehnten es die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ab, die gefällige Unterstützung in Empfang zu nehmen. Eine Versammlung am Donnerstag, dem 19. Mai, beauftragte das Kampfkomitee zu neuen Verhandlungen.



den Waltershausen telefonisch dem Landrat gegen den Unterstühtungsabbau. Eine Lebensmittelammlung bei den Geschäftsleuten wurde durchgeführt und die Verteilung auf dem Marktplatz vorgenommen.

Das Kampfkomitee begab sich mit vielen Forderungen zum Bürgermeister. Die Massen kamen aus den Versammlungen zum Marktplatz. Als die ersten Arbeiter den Marktplatz erreicht hatten, grüßte die aus Gotha herbeigerufene Polizei ein.

Dann kam es zu den Zusammenstößen, durch die ein Arbeiter durch Polizeikugeln getötet und zahlreiche Personen verwundet wurden.

Für den Verhandlungen des Einheitskomitees im Beisein des kommunistischen Landtagsabgeordneten Heilmann und einiger bürgerlicher und kommunistischer Stadtratsmitglieder erklärte jener die bürgerliche Stadtratsmitglied Günther wörtlich: „An den ganzen Vorkommnissen ist nur die Polizei schuld.“

Es ist nebenbei durch die Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses des thüringischen Landtages festgestellt, daß verschiedene Gothaer Polizeioffiziere sich der besonderen Sympathie der Faschisten erfreuen.

Spät abends nach diesen Vorgängen ließ der Bürgermeister bekanntmachen, daß am Tage darauf die Unterstützung in voller Höhe ausgezahlt wird. Zum drittenmal war die volle Auszahlung der Unterstützung herbeigeführt.

Die Vorgänge in Waltershausen haben im gesamten Landkreise Gotha und darüber hinaus in ganz Thüringen die Erregung der Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen sehr stark gesteigert. Sanktionen traten in Proteststreiks. Als erste verließ am gleichen Tage die Belegschaft der Thüringer Schlauchweberei geschlossen den Betrieb; es kam an den Fabrikatoren zu Zusammenstößen mit der Polizei.

# Neuer Massenbetrug der SPD.

Hufemann fordert „Verstaatlichung des Bergbaus“ — Sanierung bankrotter Bergbaukonzerne auf Kosten der Steuerzahler — Das sind die „sozialistischen Gegenwartsforderungen der SPD.“

Der Abend-„Vorwärts“ vom 23. Mai berichtet über eine Rede Hufemanns, die dieser auf einer Delegiertenkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes für das Ruhrgebiet am Sonntag in Bochum gehalten hat.

Zunächst stellt Hufemann fest, daß die Monopolisierung im Bergbau außerordentlich stark fortgeschritten ist und daß im Ruhrgebiet sechs Gesellschaften 50 Prozent der gesamten Förderung in den Händen haben.

Was Hufemann fordert, ist nichts anderes als die praktische Ausföhrung der „sozialistischen Gegenwartsforderungen“, die vor einigen Tagen mit großem Lärm am Berliner Bezirksvorstand der SPD. verkündet wurden.

Den Arbeitslosen wird von Notverordnung zu Notverordnung die Unterstützung geföhrt. Den Betriebsarbeitern, Angestellten und Beamten geht es mit ihrem Lohn und Gehalt nicht anders.

# Schwedter Tabakarbeiter fordern rote Einheitsfront

Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Tabakarbeiterverbandes für Verteidigung der Sowjetunion und Einheitsappell der SPD.

Schwedt a. d. S., 23. Mai. In einer Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Deutschen Tabakarbeiterverbandes nahmen die Tabakarbeiter Stellung gegen den drohenden Lohnabbau und die imperialistischen Kriegszügelungen.

Die Versammelten nahmen einstimmig eine Resolution gegen den imperialistischen Krieg an, in der es heißt: „Wir Schwedter Tabakarbeiter rufen allen Werktätigen, gleichviel welcher Parteirichtung, zu: Bildet mit uns gemeinsam die kämpfende, aktive Einheitsfront aller Ausbeuteten gegen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion!“

In einer besonderen Resolution erklärten die Schwedter Tabakarbeiter ihre Zustimmung zum Aufruf des Zentralkomitees der SPD. und KPD.

„Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Schwedt begrüßt den Aufruf des

den einzig möglichen Ausweg zur die Massen, den revolutionären Ausweg aus der Krise, zeigen!

# Die Gemeinden bezahlen keine Schulden

Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion in Preußen

Im Gefolge der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe brechen die Gemeinden zusammen und alle Lasten werden auf die Arbeiter und werktätigen Massen abgewälzt.

„Für die Staatsschulden und die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände werden Zinsen nicht mehr gezahlt. Gestilgt werden die Schulden nur gegenüber solchen Gläubigern, deren Vermögen RM. 20 000 und deren Einkommen aus Arbeit und sozialer Renten jährlich RM. 5000 nicht übersteigt.“

Die Nazi-partei, die sonst demagogisch von der „Brechung der Zinsnechtheit“ schwätzt, wird bei diesem Antrag erneut Farbe bekennen müssen. Es wird sich erweisen, daß die NSDAP. als kapitalistische Systempartei gegen den Antrag sich stemmen wird.

# Hast du schon deinen Arbeitskollegen als Abonnenten gewonnen?

# Zentralkomitees der kommunistischen Partei und der SPD. zur Herstellung der Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Maßnahmen der Unternehmern und gegen den Faschismus.

Die Verammlung fordert alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, mit den kommunistischen und KPD-Arbeitern gemeinsam den Kampf zu organisieren zur Verteidigung der Existenz der Arbeiterklasse gegen jeden Lohnabbau.

Der Aufruf der Schwedter Tabakarbeiter, die einheitliche Front gegen jeden Lohn- und Unterstühtungsabbau, gegen den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu schmieden, muß überall lauten Widerhall finden.

irgenoweihe Jugendände zu sogenannten gemeinsamen politisch neutralen Aktionen zu machen.“

Der nationalsozialistische Führer lobt im gleichen Atemzug die Polizei und magt es, den Kommunisten die Schuld an den blutigen Vorgängen in Waltershausen zuzuschreiben.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Landespolizei in Thüringen einen außerordentlich schweren Dienst und eine große Verantwortung hat. Wir müssen in Thüringen anerkennen — und tun das gern —, daß die Polizei stets versucht hat, ihren Aufgaben in objektiver Weise gerecht zu werden.

Das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ wurde drei Tage hintereinander durch die Severing-Polizei in Erfurt beschlagnahmt.

Am gleichen Tage, an dem in Waltershausen sich die geschilderten Vorfälle ereigneten, wurden die Pläne, die die Brüning-Regierung, gestützt auf Nazi-partei und SPD-Führer, gegen die Arbeiterklasse mit einer neuen Notverordnung durchzuführen gedenkt, bekannt.

Neuer Unterstühtungs- und Lohnabbau bedroht die Arbeiterklasse. Die Faschisierung Deutschlands wird verschärft weiter durchgeführt. Aktive Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zeigen daß der bankrotte Kapitalismus sich immer offener auf den Krieg gegen die Sowjetunion orientiert.

Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Ort wird den weiteren Unterstühtungsabbau, wird die Pläne der Bourgeoisie durchkreuzen, wird den Faschismus und Imperialismus schlagen.

nadtischen Arbeiter und die Pflichtarbeiter in Waltershausen legen sofort die Arbeit nieder.

Am Montag traten die Arbeiter in den beiden größten Betrieben Eisenachs bei den Baurischen Motorenwerken (Dietl) und bei Demmer, in einen einständigen Protest.

Im Montag traten die Arbeiter in den beiden größten Betrieben Eisenachs bei den Baurischen Motorenwerken (Dietl) und bei Demmer, in einen einständigen Protest.

Ein ungeheurer gesteigertes Kraftbewußtsein erfaßte die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in diesen Orten, wo die erfolgreiche rote Einheitsfrontaktion sich durchsetzte.

So schreibt die sozialdemokratische Zeitung in Erfurt (wobei man den Verger herauspürt), daß auch Sozialdemokraten und Reichsbannerleute in dieser Einheitsfront kämpften und erklärt am Schluß eines Artikels, daß sie sich mit der Taktik der Kommunisten „noch auseinandersehen“ werde.

Die nationalsozialistische Führerschaft zeigt auch hierbei das wahre Gesicht des Falkenkreuzfaschismus. Im Zentralorgan der Thüringer Nationalsozialisten, „Der Nationalsozialist“ erklärt Saupel, der Gauleiter in Thüringen, einen Aufruf, worin er Nationalsozialisten, die in Waltershausen und anderen Orten Thüringens in der roten Einheitsfront kämpfen, anfleht.

Die nationalsozialistische Führerschaft zeigt auch hierbei das wahre Gesicht des Falkenkreuzfaschismus. Im Zentralorgan der Thüringer Nationalsozialisten, „Der Nationalsozialist“ erklärt Saupel, der Gauleiter in Thüringen, einen Aufruf, worin er Nationalsozialisten, die in Waltershausen und anderen Orten Thüringens in der roten Einheitsfront kämpfen, anfleht.

„Laßt euch deshalb von keiner Seite, weder von sozialdemokratischer noch von kommunistischer, bewegen, diesen internationalen Fremdenlegionären der Hochfinanz oder Maslaus